

PRESSEMITTEILUNG

PRESSEMITTEILUNG

Bildungspolitik

Nr. 200/13 vom 05. April 2013

Heike Franzen: Schleswig-Holstein soll der Initiative für einen Bildungsstaatsvertrag beitreten

Die CDU-Fraktion wird für die kommende Landtagsitzung den Beitritt Schleswig-Holsteins zur Initiative Bayerns, Niedersachsens und Sachsens für einen Bildungsstaatsvertrag der 16 Bundesländer fordern.

„In welchem Land leben wir eigentlich, wenn jeder Umzug die Kinder in der Schule vor Probleme stellt und Lehrer nicht in anderen Bundesländern unterrichten dürfen? Damit muss endlich Schluss sein“, forderte Franzen heute (05. April 2013) in Kiel.

Deshalb sollen die in der Kultusministerkonferenz verabschiedeten Bildungsstandards in die Lehrpläne der Länder verbindlich aufgenommen werden. Ferner fordert die CDU-Fraktion einen bundesweiten Abitur-Aufgaben-Pool mit gleich schweren und standardbasierten Abiturprüfungsaufgaben. Dieses Verfahren soll auch auf die anderen Bildungsabschlüsse angewendet werden.

Neben der Erleichterung des Wechsels von bereits im Schuldienst beschäftigten Lehrkräften in andere Bundesländer soll ein solcher Staatsvertrag endlich auch die bundesweite Anerkennung der Abschlüsse von Lehramtsstudenten beinhalten. Zur Verbesserung der Qualität des Unterrichts sollen neben der verbindlichen Teilnahme an internationalen Vergleichsuntersuchungen eigene Ländervergleiche in Anlehnung an die

vereinbarten Bildungsstandards entwickelt werden.

„Ich bin zuversichtlich, für diese Initiative im Schleswig-Holsteinischen Landtag breite Unterstützung zu erhalten“, erklärte Franzen.

Denn bereits in der letzten Legislaturperiode habe sich der Landtag Schleswig-Holsteins auf die Lockerung des Kooperationsverbotes zwischen Bund und Ländern verständigt. Die dafür notwendige Änderung des Grundgesetzes sei auf Grund der derzeitigen Mehrheitsverhältnisse allerdings nicht realistisch.

„Ein Staatsvertrag ist deshalb die beste Möglichkeit, die von der großen Mehrheit der Bevölkerung gewünschte bundesländerübergreifende Verbindlichkeit im Schulsystem zu erreichen“, so Franzen.

Der Bund wäre darüber hinaus bereit, 500 Millionen Euro in die Verbesserung der Qualität der Lehramtsausbildung zu investieren.

„Schleswig-Holstein sollte ein Motor dieser wünschenswerten Entwicklung sein“, so Franzen abschließend.